

Die GEW informiert

Bereich Schule

Eine Schule für alle

Argumente, Informationen
und GEW-Beschluss



**Gewerkschaft
Erziehung
und Wissenschaft**



Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt a. M.
Tel.: 069/78973-0, Fax: -103
E-Mail: info@gew.de
Homepage: www.gew.de
Verantwortlich: Marianne Demmer
Redaktion: Martina Schmerr
Gestaltung und Satz: j. roth artconcept Kronberg
Druck: Druckerei Leutheußer, Coburg

Februar 2006

Eine Schule für alle

Argumente, Informationen und GEW-Beschluss

Inhalt

Vorwort	4
1. Marianne Demmer Warum die Schulstruktur auf den Prüfstand gehört Thesen und Informationen	8
2. GEW-Beschluss Eine Schule für alle · Eckpunkte und Leitlinien zur Umsetzung	22

Im Januar 2006 bekräftigte die neue Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) im Gespräch mit der GEW ihre Auffassung, dass die Schulstrukturfrage in Deutschland „kein Thema“ sei. Nur wenige Tage später bekundete die diesjährige Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Ute Erdsiek-Rave (SPD), anlässlich ihrer Amtseinführung ebenso deutlich ihre Meinung, dass die Schulstrukturfrage „nicht tabuisiert“ werden dürfe.

Um festzustellen, dass die Schulstrukturfrage längst ein Thema ist, genügt ein Blick in die Länder: In Hamburg und Sachsen, wo Schavans Parteifreunde allein oder in einer großen Koalition regieren, sind Schulstrukturfragen sogar auf Regierungsebene sehr wohl ein Thema. Sei es, weil in den östlichen Bundesländern wegen der stark rückläufigen Schülerzahlen eine wohnortnahe Schulversorgung im gegliederten Schulsystem immer schwieriger wird, sei es, weil zum Beispiel in Hamburg selbst für überzeugte Anhänger des „begabungsgerecht gegliederten Schulsystems“ das Elend der Hauptschulen nicht mehr zu übersehen ist. In Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt sich die von SPD und PDS gestellte Regierung mit Schulstrukturfragen und auch in Berlin beginnt eine entsprechende Debatte. Ute Erdsiek-Rave, stellvertretende Ministerpräsidentin in einer großen Koalition in Schleswig-Holstein, hat das Projekt der Gemeinschaftsschule ebenfalls nicht aufgegeben.

An vielen Orten – so beispielsweise auch in Bayern oder in Duisburg – gründen sich Initiativen von Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen, um die Forderung nach Einer Schule für alle zu unterstreichen. Die bundesweite Initiative Länger gemeinsam lernen (www.laenger-gemeinsam-lernen.de), der neben der GEW bereits viele Organi-

sationen angehören, gewinnt ständig neue Mitglieder und wird von prominenten Persönlichkeiten unterstützt.

Die vorliegende Broschüre will zur Enttabuisierung der Schulstrukturfrage beitragen, die Positionen der GEW vermitteln (Beschluss des GEW-Hauptvorstandes) und liefert Argumente für eine sachliche und unverkrampfte Diskussion im Rahmen der Weiterentwicklung des Schulwesens in Deutschland. Ideologische Blockaden und die irrationale Angst vor einer Schulstrukturdebatte behindern derzeit den sachlichen Diskurs und die Qualitätsentwicklung im Schulwesen und führen zu folgeschweren Entscheidungen: So hat das Land Niedersachsen seinen Vertrag mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Robert-Bosch-Stiftung gekündigt, nur weil die Stiftungen in Niedersachsen zwei Gesamtschulen aufgrund ihrer überzeugenden pädagogischen Konzepte als Beraterschulen für die individuelle Förderung lernschwacher Schülerinnen und Schüler ausgewählt hatten.

Wir brauchen in Deutschland dringend den sachlichen Diskurs über alle das Schulsystem betreffenden Fragen:

- Das frühe Sortieren zehnjähriger Kinder und die damit verbundene Zuteilung von Lebenschancen – verstößt es nicht gegen die Beteiligungsrechte der Kinder in allen sie betreffenden Fragen?
- Die nachgewiesene Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund und aus bildungsarmen Familien durch ihre überproportional häufige Einsortierung in Sonderschulen und Hauptschulen – verstößt Deutschland damit nicht gegen das Recht auf Bildung und Chancengleichheit?

- Ist es nicht eine Illusion zu glauben, Lehrerinnen und Lehrer fühlten sich uneingeschränkt dem Prinzip der individuellen Förderung verpflichtet, wenn unser Schulsystem ihnen nahe legt, auf Lernprobleme mit Sitzen lassen und Abstufung im Schulsystem zu reagieren und dementsprechend für die individuelle Förderung auch kaum Unterstützung vorhanden ist?

Diese wenigen Fragen können verdeutlichen: Schulstruktur, Schul- und Lernkultur hängen zusammen, wer sie nicht im Zusammenhang diskutiert, nimmt bewusst höchst fragmentarische Lösungsansätze in Kauf.

Die GEW wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Schulstrukturfrage auf der Tagesordnung bleibt.

Marianne Demmer

Januar 2006

I. Warum die Schulstruktur auf den Prüfstand gehört:

... weil sie in allen Parteien längst (heimliches) Thema ist

Die am lautesten „keine Schulstrukturdebatte“ fordern, sind selbst am schnellsten bei der Hand, Strukturveränderungen durchzuführen: die Einführung der sechstufigen Realschule in Bayern, die Beseitigung der schulformunabhängigen Orientierungsstufe in Niedersachsen und Bremen,

„Am Ende der Grundschulzeit verfügen deutsche Schüler über ein hohes Leseniveau, die Leistungsunterschiede sind gering, und wir haben relativ wenig Probleme im unteren Leistungsbereich. Fünf Schuljahre später drehen sich die Verhältnisse um: schlechtes Gesamtergebnis, enormes Leistungsgefälle, riesige Probleme im unteren Bereich. Da läuft in Deutschland in den Klassen fünf bis neun irgendetwas schief.“

Prof. Bos, Leiter der IGLU-Studie, in: Die Zeit 16/2003

die Errichtung von Hochbegabtschulen in Hessen, die Entflechtung der integrierten Haupt-/Realschulen in Hamburg, das Aushöhlen der sechsjährigen Grundschule in Berlin. Konservative Strukturveränderungen wie zum Beispiel die Abschaffung der Förderstufe und Wiedereinführung des Hauptschulbildungsganges in Sachsen-Anhalt zählen im Bewusstsein ihrer Akteure offenbar als Wiederherstellung einer „natürlichen“ Ordnung. Als Strukturdebatte gilt nur die Debatte über längeres gemeinsames Lernen über das zehnte Lebensjahr hinaus und die Forderung nach Errichtung von Gesamtschulen.

Wer Schulstrukturfragen nicht länger tabuisieren will

Gewerkschaften

- DGB
- IG Metall
- Ver.di
- GEW

Wirtschaft und wirtschaftsnahe

Stiftungen:

- Bertelsmann
- McKinsey
- Baden-Württembergischer Handwerkstag sowie weitere Handwerkstage;
- Zentralverband des deutschen Handwerks
- Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände

Einzelpersonen (z. B.)

- Bundestagspräsidentin a.D. Rita Süssmuth
- Ute Erdsiek-Rave, Präsidentin der Kultusministerkonferenz 2006

Überregionale Medien (z. B.)

- Süddeutsche
- Frankfurter Rundschau
- Stern
- ZEIT
- TAZ
- Tagesspiegel

SchülerInnen

- BundeschülerInnenvertretung
- Landeschülervertretung Berlin
- Landeschülervertretung Bayern

Eltern

- Bundeselternrat BER
- Landeselternrat Gesamtschulen NRW (LER)
- Bayerischer Elternverband (BEV)

- Arbeitskreis Gesamtelternbeiräte Baden-Württemberg
- Föderation türkischer Elternvereine in Deutschland – FÖTED
- Elterninitiative SINN e.V.

Bildungs-, Lehrer-, Kinder- und Sozialorganisationen

- Verband Bildung und Erziehung (VBE)
- Hochschulverband
- Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG)
- Grundschulverband (GSV)
- Deutsche Gesellschaft für Lesen und Schreiben (DGLS)
- Aktion Humane Schule (AHS)
- Verband Sonderpädagogik (vds)
- Deutsches Kinderhilfswerk (DKHW)
- Arbeiterwohlfahrt (AWO)

Parteien

- GRÜNE
- PDS
- Teile der SPD

Landesregierungen

- Schleswig-Holstein
- Brandenburg
- Mecklenburg-Vorpommern
- Hamburg
- Sachsen

Kommunale Spitzenverbände

- Vorsitzender des Schulausschusses des deutschen Städtetages

Kirchen

- Evangelische Kirche Westfalen

Die Schulstruktur gehört auf den Prüfstand

... weil die Strukturkonservativen in der Defensive sind

Die Verteidiger der frühen Selektion sind seit bekannt werden der PISA- und IGLU-Ergebnisse in der Defensive. Das deutsche Schulsystem bringt keine guten Durchschnittsleistungen, keine überzeugenden Spitzenleistungen, es ist sozial ungerecht wie kaum ein zweites Land, benachteiligt Kinder aus Migrations- und Arbeiterfamilien erheblich, führt zu äußerst großen Unterschieden zwischen den fünf Prozent leistungsschwächsten und fünf Prozent leistungsstärksten SchülerInnen. Die SchülerInnen empfinden weltweit mit den stärksten Leistungsdruck und fühlen sich nur sehr wenig von ihren Lehrerinnen und Lehrern unterstützt. Alle diese negativen Ergebnisse entwickeln sich jedoch erst nach der Grundschule in der Sekundarstufe I oder werden dort erheblich verstärkt. Zudem wurde offenkundig, dass die Homogenisierung der Lerngruppen nicht gelingt und vor allem Haupt- und SonderschülerInnen durch das Schulsystem selbst benachteiligt werden.

Gleich intelligente SchülerInnen mit gleicher sozialer Herkunft erreichen durchschnittlich 49 Punkte in der Lesekompetenz weniger, wenn sie Hauptschulen statt eines Gymnasiums besuchen. 49 Punkte entsprechen einem Lernrückstand von ca. 1,5 Schuljahren.

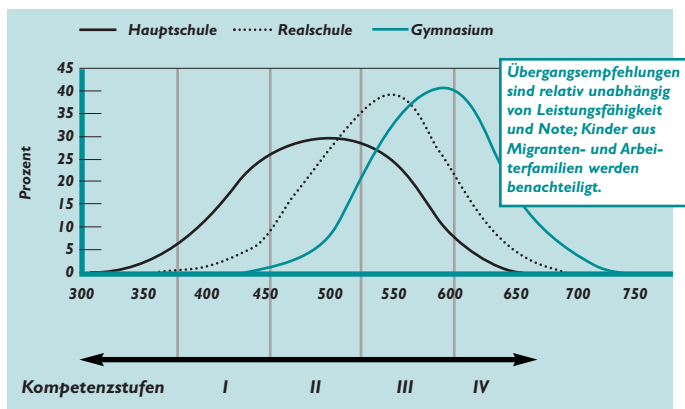
(PISA 2000)

Die Schulstruktur gehört auf den Prüfstand

... weil die Strukturkonservativen aus der Defensive heraus an der Verschlimmbesserung der bestehenden Verhältnisse arbeiten

Weil die Erinnerungen an die Schulkämpfe der vergangenen drei Jahrzehnte noch lebendig sind und weil Gesichts- und Machtverlust drohen, wird der Einfluss der frühen Selektion auf die unbefriedigende Entwicklung in der Sekundarstufe I gezeugnet. Ein beliebtes „Argument“ im Kampf für den frühen Selektionszeitpunkt ist die Behauptung, die Schulstruktur sei ohne Einfluss auf die Leistungsfähigkeit des Schulwesens. Die internationalen Studien legen zwar einen anderen Schluss nahe – aber selbst, wenn dem so wäre:

Kompetenzstufenzugehörigkeit der SchülerInnen, differenziert nach der Übergangsempfehlung



Quelle: Bos, Wilfried u.a. (Hrsg.): Erste Ergebnisse aus IGLU. Schülerleistungen am Ende der vierten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich. Münster 2003, S. 131

Warum wehrt man sich dann so erbittert gegen ein integriertes System? Warum wird dann nicht einfach ein Schulsystem akzeptiert, in dem lange gemeinsam gelernt und individuell gefördert wird, das planungsfreundlich für Kommunen, kinder- und familienfreundlich ist? Weil die deutsche Tradition entgegen steht? Haben Deutsche etwa eine „Frühe-Selektion-Gen“? Oder sieht das Bürgertum im hierarchischen Schulsystem die

Interessen seiner Kinder besser gewahrt? Verteidigen Lehrerinnen und Lehrer vor allem ihre Gewohnheiten und teilweise ihre Privilegien? – Statt sich mit solchen Fragen auseinander zu setzen, soll perfekter und „gerechter“ selektiert werden und gleichzeitig stärker auf individuelle Förderung geachtet werden. Die derzeitige Debatte um Bildungsstandards ist auch in diesem Zusammenhang zu sehen. Gleichzeitig muss diskutiert werden, wo das selektive System (und die Finanzrestriktionen) der Förderorientierung Grenzen setzen.

Gleichzeitig fördern und selektieren ist leichter gesagt als getan. GrundschullehrerInnen können ein Lied davon singen.

„Die unterschiedlichen institutionellen Fördereffekte sind auch praktisch bedeutsam. Sie weisen darauf hin, dass die in PISA nachgewiesene, im internationalen Vergleich ungewöhnlich große Leistungstreuung am Ende der Vollzeitschulpflicht zu einem nicht unerheblichen Teil in der Sekundarstufe I institutionell erzeugt oder zumindest verstärkt wird.“

Baumert, Jürgen u.a. (Hrsg.): PISA 2000. Ein differenzierter Blick auf die Bundesländer. Zusammenfassung zentraler Befunde. Berlin 2003, S. 62

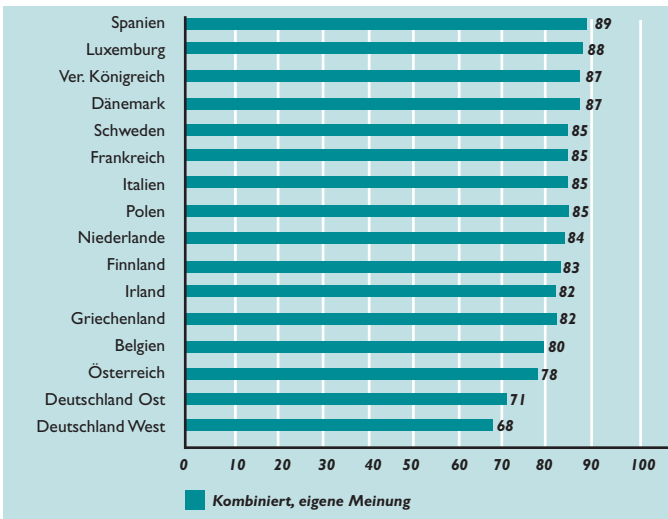
Die Schulstruktur gehört auf den Prüfstand

... weil die Befürworter integrativer Systeme nur so in die Offensive kommen

Nur wenn Befürworter integrativer Systeme sich „trauen“, eine offene gesellschaftliche Debatte über die nachteiligen Wirkungen der traditionellen Schulstruktur zu fordern und zu führen, kommen sie aus ihrer Defensive heraus. Dies ist dringend notwendig. Die frühe Selektion in hierarchisch gegliederte Schulformen bringt eine Reihe von Problemen mit sich, die durch eine perfektere Selektion nicht beseitigt werden können: organisatorische und finanzielle Erschwernisse für die Kommunen, Belastungen und Nachteile für viele Eltern, Kinder und Teile der Lehrerschaft, aber auch Nachteile für die Demokratisierung der Gesellschaft und ihren inneren Zusammenhalt. Alle diese Nachteile werden als unvermeidlich hingenommen, obwohl sich das selektive System

Ablehnung von Diskriminierungen

(100 = ungerecht; unter welchen Umständen und aus welchem Grund auch immer)



im internationalen Vergleich gegenüber integrierten Systemen als unterlegen erwiesen hat.

In Deutschland muss endlich wieder diskutiert werden, wie wir aus unserer internationalen Sonderrolle herauskommen und den Anschluss an internationale Entwicklungen und Diskussionen finden können. Nur so bekommen wir das notwendige Fundament und den notwendigen Konsens für eine Verbesserung der Leistungen, der Chancengleichheit und der Gerechtigkeit, für ein besseres Lehrer-Schüler-Verhältnis und ein besseres berufliches Ansehen der Lehrerschaft. Die Spaltung, das Hin- und Hergerissensein zwischen Selektions- und Förderauftrag trägt viel zur Verunsicherung und zum Ansehensverlust der Lehrerschaft bei.

Die finnische Schulphilosophie

Wir brauchen alle
Alle bleiben zusammen
Niemand bleibt zurück
Niemand wird beschämt
Wir begegnen uns mit Respekt

**Auf den Anfang kommt es an:
die höchsten Investitionen in die kleinsten
Menschen**

Vier Lehrer hat ein Kind:

**Andere Kinder
Lehrerinnen und Lehrer
Schulraum
Eltern**

Die Schulstruktur gehört auf den Prüfstand

... aber: nur über die Schulstruktur zu reden, greift zu kurz

Die der Schulstruktur zu Grunde liegende „Philosophie“ gehört mit auf den Prüfstand. Strukturen sind Ausfluss von Überzeugungen, Haltungen, Einstellungen, Absichten und Zielen. Der frühen Selektion mit 10 Jahren liegen verschiedene Annahmen zu Grunde: die „Begabungsprofile“ von SchülerInnen seien mit 10 Jahren so weit ausgeprägt, dass sie sich unterschiedlich anspruchsvollen Schulformen zuordnen ließen; drei bzw.

„Vergleichende Analysen der Leistungen von Wiederholern und Zurückgestellten mit den Leistungen von Jugendlichen, die ohne Verzögerung in die 9. oder 10. Klasse aufgerückt sind, haben die Zweifel an der pädagogischen Wirksamkeit von verspäteten Einschulungen und Klassenwiederholungen weiter verstärkt (...). Diese Einschätzung stimmt mit Ergebnissen vorliegender empirischer Untersuchungen überein, die seit den 1970er Jahren immer wieder belegt haben, dass sich die erhoffte leistungskompensatorische Wirkung der Späteinschulungen und Klassenwiederholungen in den meisten Fällen nicht einstellt.“

Baumert, Jürgen u.a. (Hrsg.): Pisa 2000. Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Opladen 2002, Seite 206

vier Schulformen seien ausreichend, um den unterschiedlichen „Begabungen“ gerecht zu werden; bei den drei bzw. vier (mit Sonderschulen fünf) Schulformen handele es sich um „begabungsgerecht fördernde Lernorte“; Fehlentscheidungen seien unvermeidlich und ohne bleibende Schäden zu korrigieren; es sei möglich, leistungshomogene Lerngruppen zu schaffen und leistungshomogene Lerngruppen seien die Voraussetzung für wirkungsvolles Lernen und „begabungsgerechte Förderung“. Diese letzten Annahmen

bestimmen auch die innere Organisation und Pädagogik vieler Gesamtschulen.

Es reicht deshalb nicht, die Errichtung von Gesamtschulen zu fordern. Gesamtschulen in Deutschland konnten nur in wenigen Fällen Alternativen zum selektiven Schulsystem werden, in den meisten Fällen sind sie Teil davon geworden. Oft haben sie die selektive Philosophie und Pädagogik des Regelschulsystems übernommen.

„Die Übergänge von der Grundschule auf die Sek. I müssen so gestaltet werden, dass sich die soziale Herkunft nicht nachteilig auf den Bildungsweg von Schülern auswirkt. Die Durchlässigkeit des Schulsystems nach oben muss weiter erhöht und die Beratung der Eltern verstärkt werden.“

(KMK 2003 zur IGLU-Studie)

Die Schulstruktur gehört auf den Prüfstand

... und es werden praktikable Rezepte gebraucht, wie eine Transformation des deutschen Schulwesens erfolgen kann

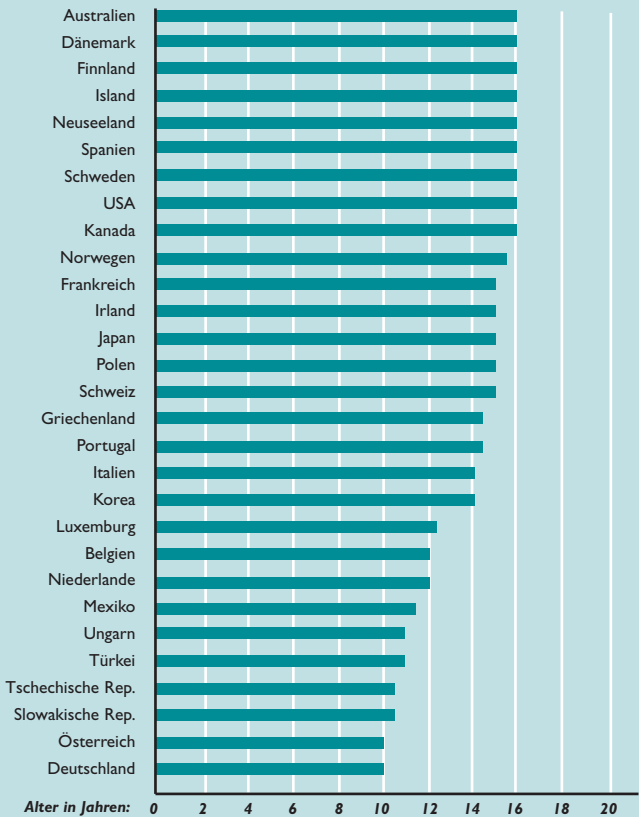
Debatten über Tabu-Themen werden am besten konkret geführt. Sie dürfen nicht mit Gesichtsverlust verbunden sein und sollten auch keine teuren und politisch aufwändigen Lösungen bevorzugen. Am besten ist es, nur Gewinner zu erzeugen.

Ich schlage deshalb regionale und lokale Initiativen aus SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern, Wirtschaft, Kirchen, Einzelpersonen vor, die sich für das Konzept stark machen:

Wir sind unzertrennlich!

Unter dem Motto „Wir sind unzertrennlich“ gehen Grundschulklassen geschlossen auf eine weiterführende Schule, die zum Mittleren Bildungsabschluss führt. Grundschule und aufnehmende Schule entwickeln gemeinsam mit den Eltern und Kindern ein förderorientiertes pädagogisches Konzept, das auf Selektions- und Sortiermaßnahmen wie Sitzenbleiben, Abstufen, Leistungskurse etc. verzichtet. Die „unzertrennlichen“ Klassen werden ebenso wie traditionell selektierte Grundschulklassen nach zu vereinbarenden Gesichtspunkten evaluiert. Die Teilnahme ist freiwillig.

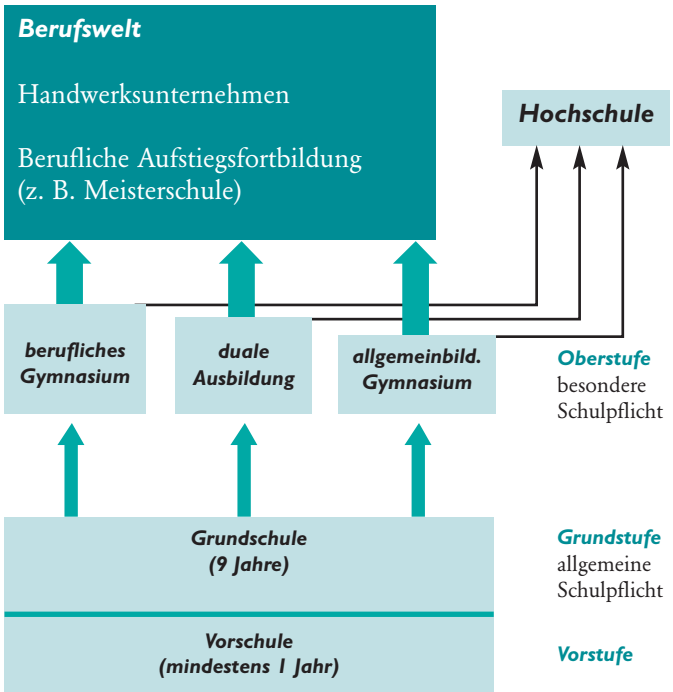
Alter bei der ersten Selektion im Bildungssystem



In den meisten Ländern gehen die Kinder und Jugendlichen mindestens sechs, teilweise acht oder neun Jahre gemeinsam in die Schule. In Deutschland und in Österreich ist die gemeinsame Schulzeit am kürzesten.

Quelle: OECD: Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren 2005, S. 453

**Handwerkstag Baden-Württemberg:
Vorschlag zur Neugestaltung des Bildungssystems 2002**



...darum gehört die Schulstruktur auf den Prüfstand:

- *damit nicht schon mit 10 Jahren festgelegt werden muss, ob ein Kind eher Maurer oder Professor werden soll*
- *damit sich ein optimistisches Menschenbild und ein flexibler Begabungs- und Entwicklungsbegriff durchsetzen können*
- *damit Leistung nicht länger mit Selektion und Konkurrenz verwechselt wird*
- *damit es keine „falschen“ SchülerInnen mehr gibt und SchülerInnen ermutigt statt gekränkt werden*
- *damit wertvolle Lern- und Lebenszeit nicht mit Selektieren und Sortieren vertan wird*
- *damit nicht länger Kinder durch das Schulsystem benachteiligt werden*
- *damit eine förderorientierte Lehr- und Lernkultur entwickelt werden kann und die Lern-Interessen der jungen Generation ins Zentrum rücken*
- *damit LehrerInnen ein förderorientiertes Berufsverständnis entwickeln können und ihr Ansehen steigen kann*
- *damit sich alle Potenziale entfalten können und genügend junge Menschen mit Studienberechtigung und -interesse die Schulen verlassen*
- *damit die Gruppe der Risikokinder deutlich kleiner wird*
- *damit gegenseitiger Respekt und gegenseitige Hilfe auch bei verschiedener Herkunft eine Chance haben*
- *damit der gesellschaftliche Zusammenhalt verbessert und die Spaltung der Gesellschaft, der Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen nicht weiter vertieft wird*
- *damit die Dramen in den Elternhäusern aufhören und die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Elternhäusern verbessert wird*
- *damit Kommunen besser und kostengünstiger planen können*

2. GEW-Beschluss

***Eine Schule für alle
Eckpunkte und Leitlinien zur Umsetzung***

Beschluss des GEW-Hauptvorstands vom 17./18. Juni 2005 im Auftrag des 25. Gewerkschaftstags der GEW in Erfurt vom 23. bis 27. April 2005

Der Hauptvorstand entwickelt in Kooperation mit den Landesverbänden bis Ende 2006 Umsetzungsstrategien für „Eine Schule für alle“. Die GEW will erreichen, dass unter Berücksichtigung der länderspezifischen Besonderheiten in allen Bundesländern die gesellschaftlichen, politischen und pädagogischen Voraussetzungen für den Systemwechsel geschaffen werden. Grundlage sind die schulpolitischen Positionen und die sie ergänzenden schulpolitischen Beschlüsse der GEW sowie die folgenden Eckpunkte und Leitlinien.

Eckpunkte und Leitlinien

I.

Beim Übergang von der Industrie- zur sog. Wissensgesellschaft wird ein Höchstmaß an Bildung für jeden einzelnen Menschen wie für die Gesamtgesellschaft zur Überlebensfrage.

Die Globalisierung der Wirtschaft, eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung, Migration und zunehmende gesellschaftliche Spaltung erfordern ein Schulwesen,

- das allen jungen Menschen eine umfassende Allgemeinbildung und die Entfaltung aller ihrer Potenziale ermöglicht,
- das die Fähigkeit zum Zusammenleben und –arbeiten in einer ethnisch, sprachlich und kulturell heterogenen Umwelt entwickelt,
- zum friedlichen und demokratischen Umgang mit Konflikten erzieht sowie
- die Fähigkeit und Bereitschaft zu Solidarität und solidarischem Handeln fördert.

Das Schulwesen der Zukunft muss deshalb inklusiv, auf Chancengleichheit ausgerichtet, geschlechtergerecht, leistungsstark und demokratisch sein. Schulträger müssen in der Lage sein, ein vollständiges Schulangebot mit kurzen Schulwegen zu unterhalten, das mit ihren finanziellen Möglichkeiten vereinbar ist.

2.

Trotz großen Engagements vieler Lehrerinnen und Lehrer ist das früh selektierende und auf Homogenisierung ausgerichtete deutsche Schulwesen den Zielen eines zukunftsfähigen Schulwesens nicht förderlich, sondern steht ihnen teilweise sogar entgegen.

Das traditionelle deutsche Schulwesen

- beeinträchtigt das Menschenrecht auf Bildung, indem es die herkunftsbedingte und geschlechtsbezogene Benachteiligung verschärft statt sie abzubauen,
- vertieft die Spaltung der Gesellschaft,
- verknappt künstlich den Zugang zu akademischer Bildung und bringt viel zu wenige Studienberechtigte hervor,
- erzeugt eine erschreckend große so genannte Risikogruppe im unteren Leistungssegment,
- führt durch Rückstellung beim Schuleintritt und Wiederholen von Klassenstufen zur „Überalterung“ der Schülerschaft,
- bereitet Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen permanenten selektionsbedingten Stress und
- ist in ländlichen Regionen oft mit unvollständigen Schulangeboten und überlangen Fahrwegen verbunden.

Diese Probleme sind strukturell bedingt und durch noch so große Anstrengungen aller Beteiligten innerhalb des traditionellen Schulsystems nicht zu lösen. Ein System- und Perspektivenwechsel hin zu einem integrativen/inklusiven Schulsystem ist deshalb unabdingbar.

3.

Für die GEW ist die eine Schule für alle die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft und die Probleme des traditionellen Schulwesens.

- EINE SCHULE FÜR ALLE ist eine Schule der Vielfalt und Kooperation, keine nivellierende Einheitsschule.
- Die jungen Menschen werden nicht bereits im Grundschulalter nach drei wissenschaftlich unhaltbaren Begabungstypen oder nach beruflicher Verwertungsaussicht sortiert.
- EINE SCHULE FÜR ALLE ist weitgehend barrierefrei. Selektionsentscheidungen fallen nur noch am Ende der Sekundarstufe I und damit erst gegen Ende der pubertären Entwicklungsphase.
- In der EINEN SCHULE FÜR ALLE sind alle jungen Menschen willkommen. Niemand wird ausgesondert oder beschämt.
- Alle Jungen und Mädchen werden in ihrer Individualität wert geschätzt, individuell gefördert und herausgefordert, alle ihre Potenziale zu entwickeln.
- Unterrichten im Gleichschritt und „Gleichmacherei auf mittlerem Niveau“ wie im traditionellen Schulwesen werden überwunden.
- Lehrerinnen und Lehrer können sich im wesentlichen auf ihre Beratungs- und Unterstützungsfunktion und auf die Lern- und Entwicklungsprozesse ihrer SchülerInnen konzentrieren.

4.

Kein abrupter Systemwechsel: Das Schulwesen der Zukunft soll aus den bestehenden Schulen entwickelt werden.

Bestehende Schulen sollen nicht „zerschlagen“ oder „abgeschafft“ werden. Sie sollen vielmehr zu integrativen/inklusiven Systemen weiter entwickelt oder zusammengeführt und mit einem pädagogischen Auftrag versehen werden, der sowohl zum Bildungsabschluss der Sekundarstufe I wie zu den beruflichen und allgemeinen Abschlüssen der Sekundarstufe II führt. Ziel sind an die regionalen/lokalen Bedingungen angepasste Entwicklungsstrategien, die dauerhaft und von demografischen Schwankungen weitgehend unabhängig ein gut erreichbares vollständiges Bildungsangebot sichern. Das Konzept zur Einführung der Gemeinschaftsschule („Rösner-Gutachten“) kann in dieser Hinsicht vielfältige Anregung bieten. In diesem Zusammenhang registriert die GEW, dass die Strukturfrage mittlerweile auch von vielen schulpolitischen Entscheidungsträgern nicht länger tabuisiert wird, sondern dass in verschiedenen Bundesländern selbst Regierungsparteien einen Systemwechsel in ihre Überlegungen einbeziehen (Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, NRW, Sachsen, Schleswig-Holstein).

5.

Keine „isolierte Strukturdebatte“: Schulstruktur, Schul- und Lernkultur gehören zusammen und bedingen einander.

Auf der Ebene von Schulpädagogik, Schulentwicklung und Lehrerbildung macht die GEW deutlich, dass inklusive Schulen eine inklusive Philosophie und Pädagogik brauchen. Die GEW führt keine „isolierte Strukturdebatte“, weil Schulstrukturen kein Selbstzweck sind, sondern vorran-

gig eine der Pädagogik und dem gesellschaftlichen Auftrag der Schule dienende Funktion haben. Die Strukturänderung ist zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für bessere Leistungen und mehr Chancengleichheit. Eine schülerbezogene Unterrichtskultur, eine am Ziel der Chancengleichheit orientierte Schulkultur sind ansatzweise auch im traditionellen Schulsystem möglich. Wenngleich sie immer an selektionsbedingte Grenzen stoßen, tragen sie zum Mentalitäts- und Perspektivenwechsel bei und kommen den heutigen Schülerinnen und Schülern zugute. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, die schulformbezogene Aus-, Fort- und Weiterbildung durch eine an Entwicklungsstufen und dem Prinzip der individuellen Förderung orientierten Lehrerbildung abzulösen.

6.

Die GEW strebt einen breiten gesellschaftlichen Konsens für die Weiterentwicklung des Schulwesens an.

Ein grundlegender Systemwechsel muss politisch gewollt, rechtlich und finanziell abgesichert und durch Evaluation begleitet werden. Vor allem die großen Parteien müssen davon überzeugt werden, dass Schulpolitik den Konsens braucht und nicht auf alle Zeiten Faustpfand im Parteiengezänk des Bildungsföderalismus bleiben darf.

- Es geht darum, eine Grundstimmung für Integration/Inklusion in der Bevölkerung und speziell auch bei LehrerInnen und Eltern zu erzeugen.
- Es muss bewusst werden, dass frühe Selektion historisch und international überholt ist und weder zu den behaupteten Effekten der „begabungsgerechten Förderung“ noch zu einem hohen Leistungsniveau führt.

- Ein besonderes Augenmerk muss den Eltern leistungsstarker Kinder gelten, die sich sorgen, ihre Kinder würden in leistungsgemischten Klassen am Lernen gehindert sowie denjenigen Lehrkräften, die eine Verschlechterung ihres beruflichen Status befürchten oder die glauben, auf eine „zu große“ Heterogenität seien sie unzureichend vorbereitet.
- Runde Tische aus zivilgesellschaftlichen Repräsentanten und Vertretern politischer Parteien auf kommunaler und regionaler Ebene können ein Mittel sein, konsensfähige Schritte für die integrative Weiterentwicklung des Schulwesens zu empfehlen.
- Da Schule allein nicht alle gesellschaftlich bedingten Belastungen in Bildung und Erziehung meistern kann, muss insbesondere die Zusammenarbeit mit der Familien-, Sozial- und Beschäftigungspolitik intensiviert und ausgebaut werden.

Der Wunsch nach einem schulpolitischen Konsens darf jedoch nicht zu Denkverboten, zu schulpolitischem Stillstand oder gar dazu führen, dass erreichte Integrationsschritte rückgängig gemacht, bestehende integrierte Gesamtschulen geschwächt werden oder die längere gemeinsame Lernzeit in Grundschulen oder Orientierungsstufen zurückgenommen wird. Die GEW bedauert, dass in Schleswig-Holstein der offensive Einstieg in den Systemwechsel nicht gelungen ist. Das Konzept „Gemeinschaftsschule“ ist vom Scheitern bedroht, wenn die Regelungen zu ihrer Errichtung so kompliziert sind, dass für die kommunalen Schulträger keine vernünftigen Handlungsspielräume bleiben und die Personalausstattung für die anstehenden Aufgaben nicht ausreicht.

7.

Die GEW ist sich bewusst, dass Transformationsprozesse von solch grundsätzlicher Bedeutung nicht problemlos verlaufen (können) und auch in der eigenen Mitgliedschaft nicht nur Zustimmung erfahren.

Die Notwendigkeit tief greifender Reformen wird zwar prinzipiell anerkannt; doch sobald sie auf konkrete Veränderungen des Bestehenden hinauslaufen, sind sie äußerst umstritten, vor allem dann, wenn es um den Aufbau und die Gliederung des allgemein bildenden Schulwesens geht. Die GEW rät deshalb mit Nachdruck,

- die Transformation der Schulen „vor Ort“ nach Möglichkeit im Konsens mit den Schulträgern, den Schulen, den Lehrkräften, den Eltern und SchülerInnen zu planen und durchzuführen. Ideologisch motivierten oder der Privilegiensicherung dienenden Schulkämpfen kann so der Boden entzogen werden;
- Lehrerinnen und Lehrern keine zusätzlichen Arbeitsbelastungen aufzubürden, die nicht durch Entlastung an anderer Stelle kompensiert werden können.

Die GEW wird sich dafür einsetzen, dass auch andere Interessenvertretungen der Lehrerschaft den Weg zu EINER SCHULE FÜR ALLE im Konsens mitgehen. Für diesen Fall bietet die GEW Kooperationen an, in die auch Eltern- und Schülervertretungen sowie Unterstützer aus Wirtschaft und Gesellschaft einbezogen werden.

8.

Die GEW beurteilt schulpolitische Maßnahmen und Konzepte danach, ob sie einen Wandel in Richtung eines integrativen/linkusiven Schulwesens fördern können.

In diesem Zusammenhang klärt die GEW insbesondere die folgenden Fragen:

- Unter welchen Voraussetzungen befürwortet die GEW eine Verlängerung der Grundschulzeit? Ist die sechsjährige Grundschule ein Schritt in die richtige Richtung oder nur eine geringfügige Verlagerung der Ausleseentscheidung?
- Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit ein – zunehmend diskutiertes – zweigliedriges Schulsystem (Gymnasien plus Sekundarschulen) tatsächlich größere Bildungschancen für alle eröffnet? Ist eine Variante denkbar und durchsetzbar, bei der die beiden Schulformen in Bezug auf Bildungsangebot und -abschluss gleichwertig (nicht gleichartig) sind, sich zwar durch unterschiedliche pädagogische Profile unterscheiden, aber einander nicht hierarchisch zugeordnet sind und es folglich keine höhere und niedrigere Schulform gibt?
- Wie kann eine Konkurrenzsituation zwischen integrativen und selektiven Systemen vermieden werden, die für lange Zeit nebeneinander bestehen? Welche Voraussetzungen müssen anderenfalls für einen fairen Wettbewerb gegeben sein? Wie kann sich innovative pädagogische Praxis gegenüber etablierten Formen behaupten?

9.

Die GEW fordert von den Landesregierungen, die rechtlichen Möglichkeiten zu schaffen, damit Einzelschulen sich integrativ/inklusiv entwickeln und Kommunen ihr Schulangebot entsprechend organisieren können.

Die folgenden gesetzgeberischen Maßnahmen schlägt die GEW vor:

- Die Schulgesetze der Länder sollen zumindest für die kommunale Ebene ein ausschließlich integratives/inklusives Schulangebot auch in der Sekundarstufe I sowie die Zusammenführung von Primar- und Sekundarstufe I ermöglichen – ggf. auch durch Experimentier- und Öffnungsklauseln. Dies kann sowohl durch die integrative Weiterentwicklung von Einzelschulen wie durch die Zusammenführung von Schulen geschehen. Ziel ist in jedem Fall ein vollständiges kommunales Bildungsangebot. Es ist Aufgabe der Schulaufsicht, durch Beratung, Fortbildung und Anreize den Anteil des Unterrichts in leistungsgemischten Lerngruppen auszuweiten.
- Die Größe integrativer/inklusive Schulen soll sich an den pädagogischen Notwendigkeiten und den kommunalen Gegebenheiten orientieren, nicht jedoch an der Mehrgliedrigkeit des traditionellen Schulsystems.
- Der Hauptschulbildungsgang soll als eigenständiger Bildungsgang aufgegeben werden können. Bestehende Hauptschulen sollen die Möglichkeit erhalten, sich zu EINER SCHULE FÜR ALLE mit dem vollständigen Bildungsangebot der Sekundarstufe I zu entwickeln. Wo dies nicht sinnvoll oder möglich ist, sollen die Hauptschulen mit anderen Schulformen zu einem vollständigen Schulangebot zusammengeführt werden.

- Die Förderung in Sonderschulen soll aktuell und langfristig zu Gunsten der sonderpädagogischen Förderung in allgemeinen Schulen abnehmen.
- In der Sekundarstufe II sollen allgemeine und berufliche Bildungsgänge gleich gestellt werden. Auch die beruflichen Bildungsgänge führen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, zur Studienberechtigung. Über Organisation und Anbindung der Sekundarstufe II soll die lokale/regionale Situation entscheiden. Flexible organisatorische Möglichkeiten sind starren schulrechtlichen Vorgaben vorzuziehen.
- Über Differenzierungsformen sollen die Schulen selbst entscheiden können. Der Zwang zur Leistungshomogenisierung der Lerngruppen durch dauerhafte Bildung von Leistungskursen sowie durch Klassenwiederholung und Abschulung soll aufgehoben werden. Eingesparte Lehrerstellen sollen an der Schule verbleiben und der rechtzeitigen individuellen Förderung zugute kommen.
- Die KMK soll eine Nachfolgeregelung für das so genannte Hamburger Abkommen beschließen. Die Anerkennung von Schulabschlüssen über die Bundesländergrenzen hinweg soll nicht länger von schulorganisatorischen Maßnahmen und dem Zwang zur äußeren Differenzierung in Leistungskursen abhängen. Die gegenseitige Anerkennung von Schulabschlüssen soll auf der Grundlage qualitativer Kriterien geregelt werden.
- Der abstuftende Schulwechsel soll – zumindest nach der Erprobungsstufe – nicht mehr möglich sein. Jede Schule ist verpflichtet, die Schülerinnen und Schüler, die sie aufgenommen hat, zu behalten und zu fördern.

- Die Finanzierung der Schulen soll sich auch nach der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft richten und dem daraus resultierenden Bedarf für den Ausgleich herkunftsbedingter Benachteiligung. Solange an Hauptschulen und Sonderschulen für Lernbehinderte festgehalten wird, muss die Personalausstattung dieser Schulen so beschaffen sein, dass Unterrichten und Fördern im Team regelmäßig möglich sind.
- Alle Schulen sollen eine einheitliche Bezeichnung erhalten und nicht mehr hierarchisch klassifiziert werden. Dabei ist es unerheblich, ob alle Schulen „Schule“, „Gemeinschaftsschule“, „Gesamtschule“ oder „Gymnasium“ heißen. Namenszusätze (Straßen, Persönlichkeiten etc.) sind selbstverständlich weiter möglich.

10.

„Systemwechsel von unten“: Mit dem Umbau zu einem integrativen/inklusiven Schulwesen kann jederzeit und schrittweise begonnen werden.

Die GEW appelliert an die Schulen, im Rahmen ihrer personellen Möglichkeiten und unter Ausschöpfung bestehender rechtlicher Vorschriften die Schulentwicklung in Richtung EINE SCHULE FÜR ALLE zu orientieren. Die GEW unterstützt diese Anstrengungen,

- indem sie internationale Erfahrungen in Deutschland zugänglich macht und zum internationalen Erfahrungsaustausch beiträgt,
- indem sie hilft, die Erfahrungsschätze zu heben, die Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland bereits im Umgang mit Heterogenität haben. Vor allem in Grundschulen, integrierten Gesamtschulen, teilintegrierten Systemen und Schulen unterschiedlicher

reformpädagogischer Ausrichtung, aber zunehmend auch in „ganz normalen“ Schulen des traditionellen Schulwesens wird eine Pädagogik der Vielfalt und Kooperation entwickelt und erprobt, die es ins öffentliche Bewusstsein zu heben und für die professionelle Weiterentwicklung zugänglich zu machen gilt.

- indem sie das „Netzwerk Heterogenität“ weiter ausbaut,
- indem sie selbst Fortbildungsangebote macht, um das professionelle Wissen und Können im Umgang mit Heterogenität systematisch weiter zu entwickeln, damit pädagogische Qualität und Arbeitszufriedenheit sich gleichermaßen verbessern,
- indem sie lokal und regional dabei mithilft, dass Schulen auf gut entwickelte Unterstützungssysteme zurückgreifen können (z.B. medizinische, sozial- und sonderpädagogische Fachkräfte sowie Fort- und Weiterbildungsangebote) und
- indem sie Schulen vernetzt und unterstützt, die sich für eine Kampagne „Wir sind unzertrennlich – NEIN ZUR FRÜHEN SELEKTION“ interessieren. Es soll dafür geworben werden, Grundschulklassen als Ganzes an die nächste weiterführende Schule abzugeben, die ein vollständiges Bildungsangebot macht und alle Schulabschlüsse der Sekundarstufe I vergibt.

Der kurze Weg zur GEW

Unsere Adressen

GEW Baden Württemberg

Silcherstraße 7
70176 Stuttgart
Telefon: 0711/21030-0
Telefax: 0711/21030-45
www.gew-bw.de
info@gew-bw.de

GEW Bayern

Schwanthalerstraße 64
80336 München
Telefon: 089/544081-0
Telefax: 089/5389487
www.bayern.gew.de
info@bayern.gew.de

GEW Berlin

Ahornstraße 5
10787 Berlin
Telefon: 030/219993-0
Telefax: 030/219993-50
www.gew-berlin.de
info@gew-berlin.de

GEW Brandenburg

Alleestraße 6a
14469 Potsdam
Telefon: 0331/27184-0
Telefax: 0331/27184-30
www.gew-brandenburg.de
info@gew-brandenburg.de

GEW Bremen

Löningstraße 35
28195 Bremen
Telefon: 0421/33764-0
Telefax: 0421/33764-30
www.gew-bremen.de
info@gew-hb.de

GEW Hamburg

Rothenbaumchaussee 15
20148 Hamburg
Telefon: 040/414633-0
Telefax: 040/440877
www.gew-hamburg.de
info@gew-hamburg.de

GEW Hessen

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt am Main
Telefon: 069/971293-0
Telefax: 069/971293-93
www.gew-hessen.de
info@hessen.gew.de

GEW Mecklenburg- Vorpommern

Lübecker Straße 265a
19059 Schwerin
Telefon: 0385/4852711
Telefax: 0385/4852724
www.gew-mv.de
Landesverband@mvp.GEW.de

GEW Niedersachsen

Berliner Allee 16
30175 Hannover
Telefon: 0511/33804-0
Telefax: 0511/33804-46
www.GEW-NDS.de
email@gew-nds.de

GEW Nordrhein-Westfalen

Nünningstraße 11
45141 Essen
Telefon: 0201/294030-1
Telefax: 0201/29403-51
www.gew-nrw.de
info@gew-nrw.de

GEW Rheinland-Pfalz

Neubrunnenstraße 8
55116 Mainz
Telefon: 06131/28988-0
Telefax: 06131/28988-80
www.gew-rheinland-pfalz.de
gew@GEW-Rheinland-Pfalz.de

GEW Saarland

Mainzer Straße 84
66121 Saarbrücken
Telefon: 0681/66830-0
Telefax: 0681/66830-17
www.gew-saarland.de
sekretariat@gew-saarland.de

GEW Sachsen

Nonnenstraße 58
04229 Leipzig
Telefon: 0341/4947404
Telefax: 0341/4947406
www.gew-sachsen.de
GEW-Sachsen@t-online.de

GEW Sachsen-Anhalt

Markgrafenstraße 6
39114 Magdeburg
Telefon: 0391/73554-0
Telefax: 0391/7313405
www.gew-lsa.de
lv@gew-lsa.de

GEW Schleswig-Holstein

Legienstraße 22-24
24103 Kiel
Telefon: 0431/554220
Telefax: 0431/554948
www.gew-sh.de
info@gew-sh.de

GEW Thüringen

Heinrich-Mann-Straße 22
99096 Erfurt
Telefon: 0361/59095-0
Telefax: 0361/59095-60
www.gew-thueringen.de
info@gew-thueringen.de

GEW-Hauptvorstand

Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon: 069/78973-0
Telefax: 069/78973-201
www.gew.de
info@gew.de

GEW-Hauptvorstand

Verbindungsbüro Berlin
Wallstraße 65
10179 Berlin
Telefon: 030/235014-0
Telefax: 030/235014-10
info@buero-berlin.gew.de

Die GEW im Internet:

www.gew.de

Antrag auf Mitgliedschaft in der GEW

(Bitte in Druckschrift ausfüllen)

Frau/Herr

Vorname/Name

Straße/Nr.

Land (D für BRD), Postleitzahl/Ort

E-Mail-Adresse

Geburtsdatum

Nationalität

Telefon

bisher gewerkschaftlich organisiert bei

von

bis (Monat/Jahr)

Name/Ort der Bank

Kontonummer

BLZ

Berufsbezeichnung/-ziel

beschäftigt seit

Fachgruppe

Tarif/Besoldungsgruppe

Bruttoeinkommen Euro monatlich

Betrieb/Dienststelle

Träger

Straße/Nr. des Betriebs/der Dienststelle

Postleitzahl/Ort

Beschäftigungsverhältnis

angestellt

beurlaubt ohne Bezüge

beamtet

teilzeitbeschäftigt mit _____ Std./Woche

in Rente

im Studium

pensioniert

ABM

Altersübergangsgeld

Vorbereitungsdienst/Berufspraktikum

arbeitslos

befristet bis

Honorarkraft

Sonstiges

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Ort, Datum

Unterschrift

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt. Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband oder an den:

GEW-Hauptvorstand
Postfach 90 04 09
60444 Frankfurt am Main



**Gewerkschaft
Erziehung
und Wissenschaft**

